

Veranstaltung zur politischen Zukunft Afghanistans

Afghanistans politische Zukunft war das Thema einer Veranstaltung, zu der die Zentralstelle für Auslandskunde in ihre Bad Honnefer Tagungsstätte geladen hatte. Hermann-J. Wald, Leiter des Asienreferats, erinnerte in seiner Begrüßung an die Tradition der Einrichtung, in dem seit fast dreißig Jahren öffentliche Veranstaltungen stattfinden, die sich mit Afghanistan befassen - aus verschiedenen Blickwinkeln, von Kultur und Politik bis zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

Den aktuellen Anlaß der Veranstaltung bildete der Besuch von Professor Anwar Ul Haq Ahady in der Bundesrepublik. Ahady war erst Ende Juli zum neuen Vorsitzenden der afghanischen sozialdemokratischen Partei gewählt worden, und zwar, wie er darstellte, in einem für afghanische Parteien beispiellosen Vorgang: Ohne Waffen, ohne Gewalt, sondern per Abstimmung der Delegierten. Die gegenwärtige afghanische Regierung, so Ahady, sei illegal, schließlich habe Präsident Rabbani eigenmächtig seine Amtszeit verlängert, führte der in den USA Politikwissenschaften lehrende Professor aus. Die Russen versuchten derzeit eine Versöhnung zwischen Rabbani in Kabul und dem usbekischen Milizenführer Dostam im Norden herbeizuführen. Dies sei jedoch dem afghanischen Volk alles andere als dienlich, weil sich daraus lediglich ein neues Machtkartell ergäbe, aber keine Demokratie. Bei der politischen Konsolidierung der Heimat könnten weder die alten Befreiungsbewegungen, noch Bürgerkriegsparteien, noch die religiösen Taliban eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es müsse endlich die seit langem geforderte Generalversammlung (Loya Jirga) einberufen werden, oder Zahir Shah, der in den siebziger Jahren vertriebene König, eine Chance erhalten, das Land zu befrieden.

Allen Bestrebungen, Afghanistan entlang ethnischer Linien zu teilen, erteilte Ahady eine Absage. Alle Nachbarstaaten seien multiethnische Gebilde. Das mache die Dinge zwar nicht leichter, sei aber der Beweis dafür, daß auch Afghanistan wie in der Vergangenheit als Vielvölkerstaat mit einem eigenen nationalen Bewußtsein bestehen könne. Die Konsolidierung Afghanistans läge durchaus im nachdrücklichen Interesse des Westens, da das Land sonst den Kräften des internationalen Terrorismus anheimfalle. In diesem Zusammenhang erwähnte Ahady unkontrollierte Waffengeschäfte und die bedrohliche Zunahme des Rauschgift Handels, der von Afghanistan derzeit ausgeht.

Produktion, Export und Lagerung von Anti-Personen-Minen. Die UNO schätzt, daß die sowjetischen Besatzungs- und Kabuler Regierungstruppen und ihre Widersacher von den Mudshahedin während des Krieges mindestens 10 Millionen Tretrminen gelegt haben. Während die afghanischen Kriegsparteien ihre Minenfelder nicht kartiert haben, wartet Kabul bis heute auf die Karten der sowjetischen Minenfelder, so Ahmadzay. Täglich werden in

Afghanistan 20 Menschen von Minen getötet oder verstümmelt.

Wieder Raketen auf Kabul

Die afghanische Hauptstadt wurde am 9. August erstmals seit fünf Monaten wieder mit Raketen beschossen. Elf Menschen wurden dabei getötet und 31 verletzt. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, General Nadshib, machte die Taleban für den Angriff verantwort-

lich, die Stellungen in den Bergen 30 Kilometer südwestlich der Stadt halten. Die Raketen waren auch im Südwesten der Stadt eingeschlagen. Bereits am 18. Juni hatten regierungsfeindliche Kräfte Kabul erstmals seit zwei Monaten wieder von Flugzeugen aus bombardiert, so die BBC. Wahrscheinlich ging der Angriff auf das Konto des usbekischen Warlords Dostam. Beide Attacken waren jedoch die einzigen, die seit Monaten bekannt wurden.

Flaute im UNO-Säckel

von Thomas Ruttig

Seit fast einem Vierteljahr wird in Kabul nicht mehr gekämpft (erst Anfang August wurde die Stadt wieder beschossen, d.Red.). Alle feindlichen Fraktionen sind so weit zurückgedrängt worden, daß sie die Stadt nicht mehr mit Raketen angreifen können, die in den letzten Jahren zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.

Doch die Lage in der afghanischen Hauptstadt ist alles andere als normal. Gegnerische Truppen kontrollieren nach wie vor alle Zugangswege nach Kabul und zu dem östlich der Stadt gelegenen Staudamm von Sarobi. Strom- und Wasserversorgung werden dadurch immer wieder unterbrochen, auch Lebensmittel und Medikamente sind knapp. Der Treibstoffnachschub ist ganz unterbun-

den, seitdem sich auch die neue Bewegung der Taleban im April der Straßenblockade anschlossen; immerhin lassen sie nach eigenen Angaben Lebensmittel durch.

Nach Angaben der UNO verfügen zwei Drittel der noch etwa eine Million Menschen, die in der Trümmerwüste Kabul zu leben versuchen, über keinen eigenen Wohnraum. Entweder sind ihre Wohnungen durch den monatelangen Dauerbeschuß zerstört worden, oder eine der verfeindeten Fraktionen hat sie daraus vertrieben. Viele sind notdürftig in Moscheen und Schulen in den weniger zerstörten Vierteln im Norden Kabuls untergebracht. Hier ist vor allem die Trinkwasserversorgung ein Problem.

Diese Probleme werden noch dadurch

verschärft, daß seit Mitte März täglich bis zu tausend Menschen nach Kabul zurückkehren, die innerhalb des Landes geflohen sind, und Iran Anfang Mai die Aufenthaltserlaubnisse von 400.000 afghanischen Flüchtlingen annullierte. Im September soll auch die UNO-Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan auslaufen; danach erhalten nur noch Waisen, Witwen und Behinderte die Unterstützung. Im afghanischen Programm der Deutschen Welle beklagten jüngst Vertreter afghanischer Nichtregierungsorganisationen (NRO), daß Projekte unter den Flüchtlingen in Pakistan bereits jetzt kein Geld mehr erhielten.

Die in Bonn erscheinende afghanische Zeitschrift 'Noubahar' zitierte in ihrer April-Ausgabe die Leiterin einer Mutter-

und-Kind-Klinik für afghanische Flüchtlingsfrauen in Peschawar (Pakistan): "Seit Januar 1994 ist eine große Anzahl von Flüchtlingen aus Kabul, die ihre Häuser und ihren gesamten Lebensunterhalt verloren haben, hierher nach Peschawar gekommen. Diese Flüchtlinge erhalten von nirgendwoher Hilfe, und auch die UNO widmet ihnen nicht die geringste Aufmerksamkeit. (...) In letzter Zeit sagen alle Hilfsorganisationen, an die wir uns um Unterstützung wenden, sie müßten ihr Geld ins Inland (nach Afghanistan - d.Red.) schicken. (...) Um die Lage der Frauen kümmert sich überhaupt niemand."

Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) vom Februar leben in Pakistan derzeit noch etwa 1,2 Millionen (registrierte) Flüchtlinge aus Afghanistan, in Iran 1,7 Millionen. Obwohl die "Rückführung" aus Iran auf ein Abkommen mit dem UNHCR zurückgehen soll, fehlen den verschiedenen Unterorganisationen der UNO in Afghanistan selbst die Mittel für die Umsetzung dieser Programme. Jüngst berichtete die BBC aus Afghanistan, daß afghanische Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen protestiert und sogar mit Geiselnahmen gedroht hätten, weil sie seit Monaten nicht mehr bezahlt worden seien. Das betreffe vor allem sogenannte Food-for-Work-Programme, bei denen sie für ihre Arbeit von der UNO gelieferte Nahrungsmittel erhalten. Die US-Organisation 'CARE International' warf dem UN-Ernährungsprogramm FAO vor, mit den Lieferungen im Rückstand zu sein.

Aber das liegt weniger an der UNO selbst als an den sogenannten Geberländern. Seit 1992 blieben Hilfsappelle regelmäßig ohne ausreichendes Echo. Von den 180 Millionen US-Dollar, die UNO-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali Mitte 1992 - unmittelbar nach dem Sturz der prosovjatischen Regierung Nadshibulah - für humanitäre Hilfe einforderte, waren am Ende desselben Jahres erst 80 Millionen eingetroffen. Das wiederholte

sich 1993, als nur etwa die Hälfte der für UNO-Aktivitäten in Afghanistan vorgesehenen 138 Millionen US-Dollar auch tatsächlich gezahlt wurden. Im November 1994 appellierte der damalige UN-Beauftragte für Afghanistan, Sotirios Mousouris, erneut an die Mitgliedsstaaten, "dieses Mal" das benötigte Geld bereitzustellen - wieder weitgehend ohne Ergebnis. Ganz zu schweigen von der "Operation Salam" (Frieden), mit der 1988 nach dem Abkommen über den sowjetischen Truppenabzug und vor dem Hintergrund einer von Kabul angestrebten Machtbeteiligung der Mudshahedin ein grandios angelegtes Wiederaufbauprogramm ebenso grandios scheiterte - ebenfalls am ausgebliebenen Geld. Damals hatte der Westen allerdings politische Gründe geltend gemacht: Das immer noch prosovjatisch orientierte Regime sollte nicht finanziert werden.

Dasselbe wiederholt sich nun auch in diesem Jahr. Von den 76 Millionen Dollar, die der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in Kabul, Martin Barber, zu Jahresbeginn zur Versorgung der Kabul-Rückkehrer angefordert hatte, waren Ende Juli erst 14,9 Millionen eingetroffen - also nur ein Drittel. Schon in den Vorjahren mußten die meisten lokalen Infrastrukturprojekte gestrichen werden, weil die geringen Mittel für Nahrungsmittel-Soforthilfe benötigt wurden. Dabei sind die es, so UNHCR-Sprecher Rupert Colville in Genf, "die den ehemaligen Flüchtlingen erst das Leben ermöglichen". Doch auch 1995 wird daraus wohl wieder nichts.

Übrigens hat auch Bonn in diesem Jahr noch keine müde Mark für Afghanistan gegeben. 1994 waren es 233.918 Dollar.

Im Juli vergangenen Jahres zitierte die Dritte-Welt-Nachrichtenagentur IPS einen "internationalen Diplomaten" in Islamabad, der erklärte: "Wir können uns kein zweites Kambodscha leisten". Im Klartext: Eine Friedensoperation à la Kambodscha mit massiver Entsendung von Blauhelmen und zivilem UN-Personal inklusive Wahlvorbereitung und -

durchführung, die in Afghanistan denselben Angaben zufolge etwa 2 Milliarden US-Dollar kosten würde, kommt dort aus finanziellen Gründen sowieso nicht in Frage.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Äußerungen von Vertretern des Bonner Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZE) auf einer Tagung der in Deutschland tätigen afghanischen NROs. Der zuständige Referatsleiter, Dr. Bonnet, teilte nicht nur mit, daß das "Fachkräfteprogramm Afghanistan" seit dem Wiederausbruch der Kämpfe 1994 reduziert worden sei, sondern auch die verfügbaren Mittel zur Förderung afghanischer NROs stagnierten. Momentan sei der "Mittelabfluß verstopft", nur "bewährte Trägerorganisationen würden bezuschußt. Mittel könnten nur vergeben werden, wenn sie in "nachprüfbarer Weise" eingesetzt werden könnten. Eine Aufstockung, so setzte Bonnet hinzu, sei "dem Wähler" nicht überzeugend zu vermitteln. Vor allem aber fehle in Afghanistan eine "legitime Regierung", mit der die bilaterale Zusammenarbeit möglich wäre.

"Die Erfahrungen mit der Förderung deutscher NROs in Afghanistan sind so", erklärte Bonnet anschließend auf eine Frage, "daß davon eine starke Gefährdung von Maßnahmen in Afghanistan ausgeht - so daß ich kaum Möglichkeiten sehe, daß sie als NRO-Vertreter überhaupt noch ein Projekt durchbekommen." Gegen diese Pauschalisierung protestierten zahlreiche Teilnehmer. Man könne nicht aller NROs dafür verantwortlich machen, wenn es in zwei Fällen (u.a. bei der 'Afghanistan Nothilfe') - zudem bei deutschen NROs - zu Veruntreuungen u.ä. gekommen sei. Proteste der anwesenden Afghanen lösten auch Bemerkungen aus, daß das BMZE nur noch Projekte in leicht zugänglichen Gebieten fördern wolle. Auch entlegene Gebiete im Norden und Westen benötigten dringend Unterstützung, hielten sie dagegen.

Interview:

"Die Taleban sind Söhne dieser Erde"

Interview mit Maulawi Wakil Ahmad Mutawwakel, Mitglied des Obersten Rates ('ali schura) der Taleban und Verantwortlicher für Presse und Kultur in Kandahar (Afghanistan)

In der Presse des Westens wird berichtet, daß die Taleban-Bewegung Verbindungen zu Pakistans Geheimdienst ISI hat?

Die Taleban sind Söhne dieser Erde. Sie waren schon früher am Dshihad beteiligt. Mit Pakistan haben sie keinerlei Verbindungen.

Wie ist die Taleban-Bewegung in so kurzer Zeit zu einer starken Kraft geworden?

Nach der Niederlage der Nadshib-Regierung wurde dieses Volk drei weitere Jahre lang gequält. Andererseits war mit den Taleban